

Zwei Presseinformationen für das nächste Rundschreiben:

1) Das "Handelsblatt" berichtete am 8. August 2007 über den Verkauf des spanischen Energieunternehmens Energi E2, dem mehrere Windparks, aber auch kleinere Wasserkraft- und Biomasseanlagen in Spanien und Portugal gehören (260 MW Stromerzeugung).

Verkäufer: Dong/Dänemark --- Käufer: Eon/D --- Kaufpreis: Mio EUR 722

D. h., die Hälfte der Investition in das SKW Lubmin könnte durch den Verkauf von Anlagen zur Erzeugung ökologischer Energie bezahlt werden!!!

2) In der Monatszeitschrift "Haus&Grund", Ausgabe August 2007, ist in einem Beitrag des "Haus&Grund"-Landesverbandes M-V unter dem Titel "Energieabgase in Urlaubshochburg?" u. a. zu lesen:

" Nach der Wende sind zig Millionen Euros an Steuer- und Fördermitteln in die Region geflossen, um dort den naturnahen Tourismus zu entwickeln. Vor diesem Hintergrund beurteilen auch die privaten Eigentümer der Region die Pläne, ein Steinkohlekraftwerk in Lubmin zu errichten, als besonders kontraproduktiv."

Hinsichtlich der ökologischen und gesundheitlichen Auswirkungen des Betriebs eines SKW bezieht sich der Autor auf die Aussagen der (bekannten) Studie der Landschaftsplaner der TU Berlin, die feststellen, dass nicht nur Landschaftsschutzgebiete wie der Greifswalder Bodden mit höchster Schutzkategorie, sondern auch zwei Haupturlaubsgebiete Deutschlands, die Inseln Rügen und Usedom, von den Emissionen des Kraftwerkes betroffen wären. Die Emissionen des Kraftwerkes sind für die Menschen direkt gesundheitsschädlich.

" Im Umkreis von 100 Kilometern wäre der Schadstoffausstoß noch spürbar."

Abschliessend wird ausgeführt:

" Die Ansiedlung fossiler Energieanlagen harmonisiert auch in keiner Weise mit den Bemühungen der Landesregierung von M-V in der Entwicklung und Förderung zukunftsfähiger, erneuerbarer Energien."

Sollte man nicht versuchen, den "Haus&Grund"- Landesverband M-V zu einem diesbezüglichen Schreiben an die Landesregierung M-V zu bewegen?

Freitag, 10. August 2007 | Deutschland

Biblis soll schnell wieder ans Netz

Essen/Berlin (dpa) Der hessische Atomreaktor Biblis soll noch in diesem Jahr wieder ans Netz. Die Arbeiten an dem wegen falsch montierter Dübel stillstehenden Meiler kämen gut voran, sagte der Vorstandschef des Energiekonzerns RWE, Harry Roels, gestern in Essen. Die Belastungen durch den Ausfall von Biblis im ersten Halbjahr bezifferte er auf rund 400 Millionen Euro. Derweil warb der Energiekonzern Vattenfall nach den Pannen in den Atomkraftwerken Brunsbüttel und Krümmel erneut um Vertrauen.

Der neue Vattenfall-Vorstandschef Hans-Jürgen Cramer kündigte an, „verlorenes Vertrauen“ wiederherstellen zu wollen. Auf der Hauptversammlung in Berlin wies er zugleich Vorwürfe über einen leichtfertigen Umgang mit den Pannen zurück. „Zu keinem einzigen Zeitpunkt bestand irgendein ernst zu nehmender Störfall, der Anlass zu Sorge oder Ängsten hätte sein können“. Vor dem Tagungsort simulierten Umweltverbände mit einem brennenden Atomkraftwerk-Modell aus Styropor einen Störfall. Derweil erreichte der Schiffstransport mit dem neuen Transformator für das schleswig-holsteinische Atomkraftwerk Krümmel den Elbhafen von Geesthacht. Der Weitertransport mit einem Lastwagen

verzögerte sich jedoch, weil der Lkw einen Achsschaden hatte. „Am Freitag wird alles angehoben und die Hydraulik ausgetauscht“, erklärte die Polizei. Sie nahm rund 25 Demonstranten zeitweise in Gewahrsam. Der Vorgänger-Trafo war durch ein Feuer zerstört worden. Wann das AKW Krümmel wieder ans Netz geht, ist unklar.

Freitag, 10. August 2007 | Mecklenburg-Vorpommern

Zum Erfolg verpflichtet: Ministerpräsident Harald Ringstorff will beim Neuanlauf zur Kreisreform alte Fehler vermeiden.

Rostock (OZ) Sommerpause im Schweriner Politikbetrieb. Minister der rot-schwarzen Landesregierung touren in diesen Tagen durchs Land. Ministerpräsident Harald Ringstorff (SPD) äußert sich im Gespräch mit der OSTSEE-ZEITUNG zur gescheiterten Kreisgebietsreform, zur Erhöhung von Hartz IV und einem möglichen NPD-Verbot.

OZ: Herr Ringstorff, wie war Ihr Urlaub?

Ringstorff: Sehr erholsam. Ich bin im Land geblieben, an der Ostsee. Das Wetter war zwar recht stürmisch. Aber da konnte ich wenigstens in aller Ruhe schwimmen.

OZ: Sie vertreten in dieser Woche Horst Köhler, der in den Ferien ist. Wie fühlt man sich als Bundespräsident?

Ringstorff: (lacht) Mit Horst Köhler verbindet mich seit Jahren ein sehr vertrauensvolles Verhältnis. Ich habe gerade drei Gesetze für ihn unterschrieben. Zu prüfen gab es allerdings kaum etwas. Alles ist perfekt vorbereitet.

OZ: Viel zu lachen hatten Sie zuletzt trotzdem nicht. Die Kreisgebietsreform, Ihr ehrgeizigstes Projekt unter Rot-Rot, ist auf ganzer Linie gescheitert . . .

Ringstorff: Glauben Sie mir: Glücklich bin ich über die Entscheidung aus Greifswald nicht. Jammern hilft uns aber auch nicht weiter. Wir müssen jetzt nach vorn schauen und die Kritikpunkte, die das Landesverfassungsgericht moniert hat, Schritt für Schritt abarbeiten.

OZ: Sie haben bereits fünf Jahre lang an einer Reform gearbeitet. Was würden Sie anders machen, wenn Sie die Zeit zurückdrehen könnten?

Ringstorff: Wir haben uns von ausgewiesenen Experten und Professoren beraten lassen. Deren Urteil lautete, dass wir es so machen können. Festzuhalten bleibt außerdem: Auch die Richter kommen zu dem Schluss, dass eine Verwaltungsmodernisierung dringend notwendig ist.

OZ: Kritiker werfen Ihnen vor, angesichts des harschen Greifswalder Urteils zu wenig Demut und zu wenig Einsicht in die eigenen Fehler zu zeigen . . .

Ringstorff: Wir nehmen zur Kenntnis, dass die von uns angestrebten fünf Regionalkreise laut Gericht offenbar zu weite Entfernungen für Kreistagsabgeordnete mit sich gebracht hätten. Außerdem fehlte den Richtern im Gesetzgebungsprozess die Abwägung alternativer Kreismodelle. Nun kommt es darauf an, einen möglichst breiten Konsens herzustellen. Eines ist sicher: Es kann nicht alles beim Alten bleiben.

OZ: Der Neuanlauf kostet Zeit. Zeit, die angesichts der demografischen Entwicklung und der wegbrechenden Einnahmen des Landes nicht mehr da ist. Wann wird ein neues Gesetz stehen?

Ringstorff: Ich könnte mir vorstellen, dass die Kreisreform bis 2010 unter Dach und Fach ist. Sie muss ja auch noch den Landtag passieren. Ich hoffe, dass wir noch in dieser Wahlperiode bis 2011 zu einer Reform kommen. Schneller wird es kaum gehen, wenn die Reform gerichtsfest sein soll. Denn das Landesverfassungsgericht hat einen ausführlichen Diskussionsprozess angemahnt.

OZ: Die Wirtschaft beginnt, sich allmählich zu erholen. Allerdings hält MV bei der Arbeitslosigkeit nach wie vor die Rote Laterne in Deutschland. Der Aufschwung verläuft im Nordosten nicht so rasant wie in den alten Bundesländern. Wann wird sich das ändern?

Ringstorff: Wichtig ist, dass wieder neue sozialversicherungspflichtige Jobs entstehen. Das war lange Zeit nicht der Fall. Auch die Zahl der Langzeitarbeitslosen nimmt ab. So hatten wir im Juli insgesamt 9000 Hartz IV-Empfänger weniger im Land als im Juli 2006. Bei der Arbeitslosenquote liegen wir fast gleichauf mit Sachsen-Anhalt und Berlin. Wir sind auf einem guten Weg. Eine Prognose, wann wir die Rote Laterne abgeben werden, wage ich nicht.

OZ: Großinvestoren könnten viele neue Jobs schaffen . . .

Ringstorff: Die sind zurzeit leider nicht in Sicht. Ein neues BMW-Werk wird eben nicht jedes Jahr ausgeschrieben. MV muss beharrlich daran weiterarbeiten, Investoren anzulocken. Jeder ist willkommen. Wenn ein großer dabei ist, umso besser.

OZ: Trotz hoher Arbeitslosenquote fehlen dem Land zunehmend Facharbeiter. Was wollen Sie dagegen tun?

Ringstorff: Es ist ja nicht so, dass es bei uns keine qualifizierten Arbeiter gibt. Im Gegenteil: Tag für Tag fahren Tausende von Mecklenburg-Vorpommern nach Schleswig-Holstein, Hamburg oder Niedersachsen. Diese qualifizierten Pendler blieben gern in MV, wenn sie hier einen guten Arbeitsplatz

fänden. Zudem sind die Unternehmen gefordert, mehr für die Ausbildung zu tun. Die Wirtschaft hat es zum Teil versäumt, hier rechtzeitig auf den wachsenden Bedarf zu reagieren.

OZ: Die Preise für Milchprodukte und Brot explodieren. Thüringens Ministerpräsident Dieter Althaus (CDU) fordert, die Hartz IV-Regelsätze zu erhöhen und an die Inflationsrate anzupassen. Was halten Sie von diesem Vorschlag?

Ringstorff: Die Höhe des Hartz-IV-Satzes orientiert sich an den Preisen innerhalb des sogenannten Warenkorb, zu dem allerdings nicht nur Butter und Milch gehören. Selbstverständlich muss die Preisentwicklung innerhalb dieses Warenkorb regelmäßig ausgewertet werden. Und wenn die Preise insgesamt steigen, muss sich das auch bei den Hartz IV-Sätzen bemerkbar machen.

OZ: Vielen Eltern im Land fehlt das Geld, um ihre Kinder ausreichend und gesund zu ernähren. Wie passt das mit der SPD-Losung „Kinderland MV“ zusammen?

Ringstorff: Die Landesregierung hat im Doppelhaushalt 2008/2009 zusätzliches Geld für die Kinderbetreuung in die Hand genommen, vor allem für eine Entlastung bei den Elternbeiträgen für die Kinderbetreuung. Der Weg, den wir künftig beschreiten sollten, besteht darin, die indirekten Leistungen für Familien und Kinder zu verbessern.

OZ: Statt Sozialleistungen zu erhöhen, könnten Steuern gesenkt werden. Der Ruf, den Solidarzuschlag zu senken und sogar ganz abzuschaffen, wird immer lauter. Wie stehen Sie dazu?

Ringstorff: Es ist nicht die Zeit, Steuern zu senken. Den Vorschlag von CDU-Fraktionschef Volker Kauder, den Soli zu senken, hat die Bundeskanzlerin vom Tisch genommen.

OZ: MV hat 2006 erstmals einen ausgeglichenen Haushalt vorgelegt. Künftig sollen nicht nur Schulden getilgt, sondern sogar Rücklagen für schlechte Zeiten gebildet werden. Verärgert das nicht ihre Amtskollegen in zum Teil hoch verschuldeten westlichen Bundesländern?

Ringstorff: Wenn wir Rücklagen schaffen, zeigt das lediglich, dass wir solide gewirtschaftet haben. Ich sehe da keinerlei Widersprüche. Wir treffen damit Vorsorge für Zeiten, in denen die Konjunktur nicht so gut läuft und die Transferleistungen reduziert werden.

OZ: Im Jahr 2019 läuft der Solidarpakt II aus. Damit versiegen Milliarden-Zuschüsse aus dem Westen. Wie soll MV danach finanziell überleben?

Ringstorff: Ich sehe das Land gut aufgestellt. Wir haben die Landesbehörden drastisch von 32 auf 16 reduziert. Wir halten strikt am Kurs der Haushaltskonsolidierung fest. Man sollte allerdings nicht so naiv sein zu glauben, dass es nach Auslaufen des Solidarpakts II keinen Länderfinanzausgleich mehr geben wird.

OZ: Zu einem echten wirtschaftlichen Problem für das Land könnte die feste Fehmarnbelt-Querung werden, die jetzt endgültig beschlossene Sache ist. Hat Schwerin diese Entwicklung nicht über Jahre hinweg verschlafen?

Ringstorff: Nein, mit Sicherheit nicht. Ich bin übrigens der Überzeugung, dass durch den Bau einer Brücke über den Fehmarnbelt die Welt bei uns nicht untergeht. Unsere Fährlinien sind selbstbewusst und stark genug, sich der neuen Herausforderung zu stellen. Zu kritisieren bleibt allerdings, dass den nicht subventionierten Fährunternehmen mithilfe staatlicher Zuschüsse eine Konkurrenz erwächst. Das halte ich für bedenklich.

**OZ: In Lubmin soll gegen den erbitterten Widerstand von Naturschützern und Touristikern ein neues Steinkohlekraftwerk gebaut werden. Sind es 140 neue Jobs wert, einen ganzen Landstrich zu verschandeln und Touristen abzuschrecken?**

**Ringstorff: In Rostock gab es vor Jahren ähnliche Bedenken. Die haben sich nach dem Bau des Kraftwerks gegeben. Wenn nicht in Lubmin ein Steinkohlekraftwerk gebaut wird, dann mit Sicherheit anderswo. Dutzende sind für Deutschland geplant. Unterm Strich wird die Kohlendioxid-Bilanz für Deutschland nach dem Bau neuer Kohlemeiler positiv ausfallen, weil dafür alte Kraftwerke mit niedrigem Wirkungsgrad vom Netz gehen. MV kann es sich nicht leisten, eine Investition von 1,4 Milliarden Euro ziehen zu lassen. Ich kann allerdings verstehen, dass die Diskussion zurzeit die Gemüter erregt. Wir setzen aber auch weiter auf erneuerbare Energien.**

OZ: Justizministerin Uta-Maria Kuder hat ein neuerliches NPD-Verbotsverfahren angeregt. Teilen Sie die Ansicht Ihrer Kabinetts-Kollegin?

Ringstorff: Ich sehe das ähnlich wie Frau Kuder. Die NPD ist verfassungsfeindlich. Sie will unsere demokratische Ordnung abschaffen.

OZ: Bei der Kommunalwahl 2009 könnte die NPD in einigen Landesteilen nochmals zulegen. Warum haben die Rechten ausgerechnet in MV so großen Zulauf?

Ringstorff: Wir haben in ganz Deutschland ein Problem mit dem Rechtsextremismus, besonders aber in den neuen Bundesländern. Es ist die Aufgabe demokratischer Parteien, für Aufklärung über den verfassungsfeindlichen Charakter der NPD zu sorgen.

Interview: JÖRG KÖPK, THOMAS SCHWANDT

Ministerpräsident Harald Ringstorff (67/SPD) zeigte sich nach seinem Urlaub im Gespräch mit der OZ in Rostock gut erholt und gut gelaunt.

Freitag, 10. August 2007 | Wirtschaft

Teurer Strom – Verbraucherschützer rufen zum Wechsel auf

Berlin (AP) Die Verbraucherzentralen wollen angesichts des dramatischen Strompreisanstiegs mindestens eine Million Kunden zum Anbieterwechsel bewegen. Der Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) stellte dazu gestern in Berlin eine bundesweite Kampagne vor. Ein Preis-Check in den 100 größten deutschen Städten habe gezeigt, dass sich jeder Wechsel lohne, betonte Vorstand Gerd Billen. Durch den Wechsel des Anbieters könne eine Familie bis zu 185 Euro im Jahr einsparen. Im Schnitt liegt das jährliche Einsparpotenzial bei 60 Euro pro Haushalt. Dies sei ein Einspar- und Konjunkturprogramm von über zwei Milliarden Euro, sagte Billen. Bemerkenswert sei, dass Ökostrom-Produkte in zwei Dritteln der Städte auch noch billiger seien als die Angebote der ortsüblichen Grundversorger, sagte Billen. Seit dem Jahr 2000 hätten sich die Strompreise um fast 50 Prozent erhöht. Mieterbund-Präsident Franz-Georg Rips wies darauf hin, dass die 21,5 Millionen Mieterhaushalte in Deutschland im Schnitt fünf Prozent ihrer Nebenkosten einsparen könnten, wenn sie zum günstigsten Anbieter wechselten.

„Es ist höchste Zeit, dass sich die Stromkunden nicht nur auf die Politik verlassen, sondern selber aktiv werden und überzogenen Strompreisen die rote Karte zeigen“, sagte Billen.

Der Energieversorger RWE kündigte indes gestern an, er werde vorerst die Strompreise nicht erhöhen.

Freitag, 10. August 2007 | Ostvorpommern

**Bebauungsplan bleibt Zankapfel**

**Der Verband „Lubminer Heide“ hat der 4. Änderung des B-Planes Nr. 1 zugestimmt. Die Versammlung fand in angespannter Atmosphäre statt.**

**Lubminer Heide Der Zweckverband „Lubminer Heide“ hat Mittwochabend den Aufstellungsbeschluss zur 4. Änderung des B-Planes Nr.1 „Industrie- und Gewerbegebiet Lubminer Heide“ mit zwei Gegenstimmen und einer Enthaltung beschlossen. Wesentliche Änderungen im Aufstellungsbeschluss sind u.a. der Bau einer Straße, Gleisanlage und eines Lärmschutzwalls. Mögliche Fehler, so ein Zusatz, sollen ausgebessert werden.**

**Die Gegenstimmen kamen vom Lubminer Bürgermeister Dr. Klaus Kühnemann und Robert Köhler (Wählergruppe Frischer Wind für Lubmin). Grund: Die B-Plan-Änderung sei zu fehlerhaft. Beispielsweise hätte die Liste der Flurstücke 63 Fehler. Zudem seien die Gastrassen nicht mit einbezogen worden; darüber hinaus, so führte Kühnemann weiter aus, würde mit einer „Salamitaktik“ der Bebauungsplan in seiner ursprünglichen Form ausgehebelt.**

**Der Bürgermeister der Gemeinde Lubmin beantragte, den Aufstellungsbeschluss überarbeiten zu lassen und erneut als Beschlussvorlage vorzulegen, was abgelehnt wurde.**

**Die Veranstaltung, an der etwa ein Dutzend Interessierter teilnahm, fand in angespannter Atmosphäre statt. Auch für Außenstehende wurde deutlich, dass das Verhältnis von Kühnemann und Köhler zum gesamten Gremium und insbesondere zum Verbandsvorsteher Wolfgang Woy als gespannt gewertet werden muss. Köhler nutzte bei einer Wortmeldung die Veranstaltung, um die Anwesenden darüber zu informieren, dass zwischen ihm – Köhler selbst ist Jurist – und dem Zweckverband ein Rechtsstreit eröffnet worden sei. Woy selbst bestätigte dies, verwies aber auf den zuständigen Anwalt.**

**Kühnemann protestierte in der Sitzung dagegen, dass die Gemeinde Lubmin nicht über einen wichtigen Termin, der die 3. Änderung des Babauungsplanes Nr.1 betrifft, informiert worden sei.**

**Zudem appellierte er an die Zweckverbandsmitglieder, dem geplanten Abriss des jetzigen Klärwerkes nicht zuzustimmen, da es sich aus seiner Sicht um volkswirtschaftlichen Unsinn handele. Hintergrund: Die Verbandsversammlung des ZWAB hatte mehrheitlich dem Neubau einer Kläranlage zugestimmt.**

STEFAN BRÜMMER

Freitag, 10. August 2007 | Ostvorpommern

Auch Kranbauer Liebherr produziert schon

Lubminer Heide So langsam kommen die in und an der ehemaligen Maschinenhalle neu angesiedelten Unternehmen in Tritt. Der Modul- und Anlagenbauer (MAB) produziert in der einen Hallenhälfte bereits

Schiffssegmente und vervollständigt parallel dazu seinen Maschinenpark. Seine äußere Nachbarin, die Lubminer Korrosionsschutz GmbH der Unternehmensgruppe Krebs, steht vor Beginn des Probetriebes. Auch beim zweiten Betrieb in der alten Turbinenhalle, dem Kranbauunternehmen von Lieberr, blitzen die Schweißbrenner und werden schwere Eisenteile bewegt. Der Lubminer Geschäftsführer des bekannten Kranbauunternehmens, Thomas Müller, erklärte gestern nach OZ-Anfrage, dass sich zurzeit etwa 30 Mitarbeiter in Lubmin befänden. Ab September würden dort 50 Mitarbeiter beschäftigt sein. „Wir können jetzt nur einen Teil unserer Hallenfläche nutzen, da ein Bereich von den EWN noch zurück gebaut wird“, sagte Müller. Er bestätigte, dass am Lubminer Standort bereits produziert werde. Etwa Komponenten von Containerverladebrücken oder Ausleger für Krane. Zudem sucht das Unternehmen noch Fachkräfte. „Stahlbauer und Schweißer können sich im Rostocker Personalbüro melden“, hieß es. ST. BR.

## **Umweltschützer verlangen Abkehr vom Kraftwerksprojekt in Lubmin**

### **10.08.2007: Schwerin/MVregio Nach dem Aus für das umstrittene Kohlekraftwerk in Bremen hat der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)**

einen Verzicht auf ein ähnliches Projekt in Lubmin gefordert.

Die Landesregierung müsse endlich Alternativkonzepte für einen arbeitsmarktpolitisch und ökologisch sinnvollen Ausbau von Erzeugerstrukturen im Energiesektor aufgreifen, sagte Naturschutzreferent Arndt Müller in Schwerin. Es gebe bessere Wege Arbeitsplätze zu schaffen als mit einem klimaschädlichen Steinkohlekraftwerk. Verschiedene Studien hätten gezeigt, dass der Aufbau zahlreicher kleinerer Erzeugungseinheiten auf Basis erneuerbarer Energien ein Kraftwerksprojekt wie Lubmin ersetzen und 2000 statt der dort geplanten 200 Arbeitsplätze schaffen könnten. Der dänische Energiekonzern DONG Energy plant unmittelbar neben dem stillgelegten Kernkraftwerk Lubmin den Bau von zwei 800-Megawatt-Blöcken. Das von der Landesregierung befürwortete, etwa 1,5 Milliarden Euro teure Steinkohlekraftwerk soll spätestens 2012 in Betrieb gehen und dann jährlich 3,6 Millionen Tonnen Importsteinkohle verstromen. Die Mehrheit der Einwohner von Lubmin hatte sich gegen den geplanten Bau in dem Seebad ausgesprochen.

Ministerpräsident Harald Ringstorff (SPD) verteidigte das Projekt. Mecklenburg-Vorpommern könne es sich nicht leisten, eine Investition dieser Größenordnung ziehen zu lassen, sagte der Regierungschef der "Ostseezeitung" (Freitagausgabe). Wenn nicht in Lubmin ein Steinkohlekraftwerk gebaut werde, dann mit Sicherheit anderswo. Er könne allerdings verstehen, dass die Diskussion zurzeit die Gemüter erregt, fügte Ringstorff hinzu. Das Land setze auch weiter auf erneuerbare Energien.

MVregio Landesdienst mv/sn

Wochenendausgabe, 11. August 2007 | Mecklenburg-Vorpommern

Ministerium: Förderung für Naturschutz beantragen

Schwerin (dpa) Für Projekte des Natur- und Umweltschutzes können noch bis

zum 31. August Anträge auf Förderung durch den Bund gestellt werden. Darauf

hat das Schweriner Umweltministerium hingewiesen. Antragsberechtigt sind demnach Vereine und Organisationen aus dem Umwelt- und Naturschutz. Gefördert würden Modellprojekte mit ökologischem Schwerpunkt, großer Breitenwirkung und bundesweiter Relevanz. Die Anschubfinanzierung solle helfen, innovative Ideen umzusetzen. Förderschwerpunkte 2008 seien Biodiversität (Artenvielfalt), erneuerbare Energien, Energieeffizienz sowie Material- und Ressourcenschutz, Klima, Verkehr und Lärmschutz.

Wochenendausgabe, 11. August 2007 | Mecklenburg-Vorpommern

Umweltschützer fordern Verzicht auf Kraftwerk

Schwerin (ddp) Nach dem Aus für das umstrittene Kohlekraftwerk in Bremen hat der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) einen Verzicht auf ein ähnliches Projekt in Lubmin gefordert. Die Landesregierung müsse endlich Alternativkonzepte für einen arbeitsmarktpolitisch und ökologisch sinnvollen

Ausbau von Erzeugerstrukturen im Energiesektor aufgreifen, sagte Naturschutzreferent Arndt Müller in Schwerin. Der dänische Konzern DONG Energy plant den Bau von zwei 800-Megawatt-Blöcken. Das etwa 1,5 Milliarden Euro teure Steinkohlekraftwerk soll spätestens 2012 in Betrieb gehen und dann jährlich 3,6 Millionen Tonnen Importsteinkohle verstromen. Die Mehrheit der Lubminer hatte sich gegen den geplanten Bau in dem Seebad ausgesprochen.

In einem Interview in der OZ hatte Ministerpräsident Harald Ringstorff (SPD) das Projekt verteidigt. „Mecklenburg-Vorpommern kann es sich nicht leisten, eine Investition von 1,4 Milliarden Euro ziehen zu lassen.“